

Herr von Graffenried und die Skalpe der Bauernkrieger

Während die Stadt Bern mit Eifer und Engagement an den fernen Kolonialismus erinnert, verweigert sie das Gedenken an die Opfer des Bauernkriegs von 1653. Und damit an koloniale Herrschaft vor der eigenen Haustür.

Philipp Gut

Die Anführer der Aufstände, die als «Bauernkrieg» oder «Batzenkrieg» in die Geschichte eingegangen sind, erwartete eine drakonische Strafe. Am 27. August 1653 wurden Niklaus Leuenberger aus Rüderswil, Bendicht Spring aus Schüpfen und zahlreiche weitere Landbewohner auf dem Galgenfeld vor den Toren der Stadt Bern geköpft. Das Haupt von «Rädelsführer» Leuenberger nagelten die Behörden an den Galgen, sie schnitten ihm die Eingeweide heraus, vierteilten ihn und stellten seine Körperteile an den Eingangsstrassen der Stadt auf, zur Warnung und Abschreckung. Ein Western von Quentin Tarantino könnte nicht blutiger sein.

Von Protesten zu Aufständen

Exakt 370 Jahre später, am 27. August 2023, setzt sich in Worblaufen bei Bern ein gewisser David Spring an den Schreibtisch, ein Nachfahre von Bendicht. Per Einschreiben fordert er eine Aufarbeitung der Geschehnisse um

Schüler-«Aktionswochen» und ein Online-Stadtplan sollen «koloniale Spuren» sichtbar machen.

den Bauernkrieg und eine Rehabilitation der Aufständischen. Adressat ist Stadtpräsident Alec von Graffenried, seinerseits Sprössling der Herrscher des Ancien Régime. Spring erinnert ihn an Anlass, Ursachen und historische Bedeutung des Bauernkriegs. Dabei kommt einem manches von dem, was damals passierte, heute bekannt vor.

Ende November 1652 entwertete die Berner Obrigkeit die Kupfermünzen. Die Bevölkerung erhielt nur wenige Tage Zeit, sie umzutauschen. Doch viele Landleute erreichte die Nachricht zu spät. Über Nacht verloren sie ihr Vermögen. Die Oberschicht war gewappnet, verfügte – neudeutsch gesprochen – über Insiderwissen.



Ein Tarantino-Western könnte nicht blutiger sein: Bauernführer Niklaus Leuenberger.

Am Martini-Markt in der Stadt vierzehn Tage zuvor kauften auffällig viele Herren auffällig viele Vorräte ein und stiessen ihre bald wertlosen Batzen ab. Die Landbevölkerung drangsalierten sie mit immer neuen Gesetzen und Abgaben. Ein tiefer Stadt-Land-Graben tat sich auf.

«Keine Kompetenz», «keine Kapazität»

So kam es zu Protesten, zu Zins- und Zehntenstreiks und schliesslich zu bewaffneten Aufständen in mehreren Kantonen, neben Bern auch in Luzern, Solothurn und im Baselbiet. Besonders die luzernischen Entlebucher, bis in die Gegenwart ein eigenwilliges Völkchen, waren aufgebracht. Die Bauern und andere Landbewohner stellten neben wirtschaftlichen auch politische Forderungen. Das «Historische Lexikon der Schweiz» bezeichnet sie als «revolutionär». Sie wollten mehr Mitsprache, mehr Demokratie, kurz: «eine grundlegende und radikale Veränderung der etablierten Herrschafts- und Machtverhältnisse».

Im Mai 1653 griffen die Unzufriedenen zu den Waffen und belagerten die Hauptorte Luzern und Bern. Die aufgeschreckten Obrigkeiten zeigten sich kompromissbereit und schlossen einen Frieden mit den Aufständischen, die ihre Truppen daraufhin abzogen. Doch die Herren hielten nicht Wort, starteten vielmehr einen «brutalen Unterdrückungsfeldzug gegen die eigenen Untertanen». Entgegen den Bestimmungen in den Friedensverträgen wurden viele von ihnen hingerichtet, zu Galeerenstrafen und fremden Kriegsdiensten verurteilt oder in die Verbannung geschickt. «Im schweizerischen Bauernkrieg von 1653 kommen durch die Strafgerichte der Obrigkeit – durch Erhängen und Enthaupten – mehr Menschen ums Leben als auf dem Schlachtfeld», zieht der Historiker Kurt Messmer Bilanz.

Doch zurück in die Gegenwart. David Spring schreibt von Graffenried, dass nichts

in der Stadt Bern an den Bauernaufstand und dessen blutige Niederschlagung erinnere. Im Hinblick auf das 375-Jahr-Jubiläum des Bauernkriegs im Jahr 2028 brauche es eine «adäquate Aufarbeitung» der Geschehnisse und eine entsprechende Vermittlung; warum nicht im Bernischen Historischen Museum? Auch eine Gedenkstätte regt Spring an, «in Erinnerung an die Aufständischen, die in ihrem Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Wohlstand von der Stadt Bern im Sommer 1653 zu Unrecht hingerichtet wurden».



Formaljuristisch:
Alec von Graffenried.

«koloniale Spuren» sichtbar werden lässt, und propagiert und sponsert Schüler-«Aktionswochen» gegen Kolonialismus und Rassismus. Auch das Landesmuseum Zürich zeigt, dem Zeitgeist folgend, eine Schau zum Thema («Kolonial. Globale Verflechtungen der Schweiz»). Von Graffenried wird dort eigens verdankt.

Spring, der Nachfahre, weist auf diese offenkundige Ungleichbehandlung hin: Während man an die Tausende Kilometer entfernten

Geschehnisse in den überseeischen Kolonien anderer Nationen mit Nachdruck erinnert, an das schlechte Gewissen appelliert und daraus mehr oder weniger unverblümt politische Forderungen für das Hier und Jetzt ableitet, verweigert man das Gedenken an die Opfer kolonialer Muster und blutrünstiger Behördenwillkür vor der eigenen Haustür.

Doch Spring wäre kein Spring, würde er sich vorschnell entmutigen lassen. Auf seine Initiative hin befasst sich der bernische Grosse Rat

Der Hinrichtungsort, Teil des historischen Galgenfeldes, wurde in «Schönberg-Ost» umbenannt.

mit dem Thema. Und in Nationalrat und Bergbauer Andreas Gafner (EDU) sowie in weiteren Volksvertretern wie Ernst Wandfluh (SVP) hat er Verbündete gefunden, die wenn nötig auch auf eidgenössischer Ebene die Diskussion in Gang setzen wollen.

Weniger einseitige Erinnerungspolitik

Weiter wandte sich Spring im März und Oktober 2024 an den Regierungsrat des Kantons Bern. Doch auch dieser will keine Verantwortung «für die Entscheidungen und das Handeln der Berner Obrigkeit des Ancien Régime» übernehmen». Das muss er auch nicht. Es wäre schon einiges getan, wenn die Behörden zu einer etwas weniger einseitigen Erinnerungspolitik fänden und nicht den Eindruck erweckten, das Unrecht verwischen zu wollen, das man den Bauernkriegern angetan hat.

Doch genau dies tut die Stadt Bern: Sie benannte den Hinrichtungsort, Teil des historischen Galgenfeldes, schönfärberisch in «Schönberg-Ost» um. Keine Tafel erinnert daran, dass bei Bauarbeiten «Massengräber» entdeckt und «grausige Funde» gemacht wurden, wie lokale Medien berichteten. Schon gar nicht stieg die Stadt auf den Vorschlag ein, Strassen im neuen Quartier nach den tragischen Freiheitshelden von 1653 zu benennen. Lieber sinniert sie darüber, Strassennamen künftig zu gendern.

O tempora, o mores.

Gerhard Pfister macht Bündner zu Bulgaren

Geht es nach dem Bundesrat, soll die Schweiz künftig fremdes Recht übernehmen. Kurz vor Weihnachten hat er die ausgehandelten Verträge mit der Europäischen Union (EU) abgenickt. Das kostet die Schweiz nicht nur an Souveränität, sondern jährlich weitere 350 Millionen Franken. Die Entwicklungshilfe geht an EU-Staaten, deren Bruttonationaleinkommen pro Kopf unter 90 Prozent des EU-Durchschnitts liegt. Davon profitieren Staaten wie etwa Bulgarien, Griechenland, Rumänien oder Polen.

Für Gerhard Pfister kein Problem. In der SRF-«Arena» verglich der Mitte-Präsident die künftigen EU-Zahlungen mit dem hiesigen Finanzausgleich. Wenn man etwas gegen Ausgleichszahlungen habe, sei auch der Ausgleich zwischen den reicheren und ärmeren Kantonen zu hinterfragen. «Sein» Kanton Zug zahle etwa an den Kanton Graubünden, wo auch die Emschemie von SVP-Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher angesiedelt sei.

Wenn man die Ranglisten der Nehmerkantone respektive der Nehmerländer in der EU vergleicht, stellt man fest: Die Bündner sind in der Schweiz etwa das, was die Bulgaren in der EU sind. Im Gegensatz zu den Bulgaren und Rumänen zahlen aber die Bündner in der Schweiz Steuern. Und rund ein Viertel von ihnen wählen sogar Pfisters Mitte. In Appenzell Innerrhoden sind es gut 85 Prozent, im Kanton Luzern 28 Prozent, 62 Prozent im Kanton Uri. Manch ein Stammland der früheren CVP profitiert vom föderalen Finanzausgleich.

Das Wallis, wo mehr als ein Drittel noch die Mitte wählt, ist auf dem zweitletzten Platz der Nehmerkantone. Bei den Nettozahlungen pro Kopf bildet die einstige CVP-Hochburg sogar das Schlusslicht – ähnlich wie die Polen und Tschechen in der EU. Ob diese Mitte-Wähler das mit dem Kohäsionsbeitrag für ärmere EU-Länder auch so «pragmatisch» sehen wie ihr Parteipräsident?

Zumindest die letzten Abstimmungen lassen andere Schlüsse zu. So hat mehr als die Hälfte der Mitte-Sympathisanten laut Vox-Analyse von GfS für eine 13. Rente gestimmt. Nach dem Motto: Jetzt sind wir an der Reihe. Ob Pfister diese Wählerschicht beim Abstimmungskampf für die EU-Verträge überzeugen wird? Rein nach dem Motto: Jetzt sind die Griechen (und viele mehr) an der Reihe.

David Biner